



Protokoll vom 4. Dezember 2013
20.00 Uhr – 22.08 Uhr

Vorsitz Gemeindepräsidentin Christine Burgener

Anwesend Gemeinderäte:
Michael Brandenberger
Märk Fankhauser
Andreas Federer
Richard Gautschi
Peter Klöti
Catherine Marrel
Beatrice Meier
Jan Rauch
Gemeindeschreiber Pierre Lustenberger

Protokoll Pascale Heyer, Assistentin Gemeindeschreiber

Geschäfte:

- 1. Turnhalle Schwandel, Alte Landstrasse 122a**
 - Renovation, Umbau und energetische Massnahmen
- 2. Budget und Steuerfuss 2014**
 - Festsetzung

Gemeindepräsidentin Christine Burgener begrüsst die zur heutigen Versammlung erschienenen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind rechtzeitig durch das amtliche Publikationsorgan zur heutigen Gemeindeversammlung eingeladen worden. Die Akten zu den heutigen Geschäften konnten während der vorgeschriebenen Zeit auf der Gemeinderatskanzlei eingesehen werden. Hier in der Kirche befindet sich ebenfalls das Stimmregister. Nichtstimmberechtigte bittet sie, auf der Empore zürichseitig Platz zu nehmen. Es meldet sich niemand.

Begrüsst wird auch die Vertreterin der Presse: Tina Huber vom Thalwiler Anzeiger/Zürichsee-Zeitung und Tages Anzeiger. Der reformierten Kirchenpflege wird für das Gastrecht gedankt.

Wie dem Weisungsheft entnommen werden kann, sind heute zwei Geschäfte zu behandeln: Renovation und Umbau der Turnhalle Schwandel und der Voranschlag 2014. Ohne Wortmeldungen wird die Reihenfolge der Traktandenliste für in Ordnung befunden.

Damit sachlich und ruhig diskutiert werden kann, bittet die Gemeindepräsidentin die Stimmberechtigten, von jeglichen Beifallsbezeugungen abzusehen. Wenn jemand ein Votum einbringen möchte, muss der Votant nach vorne zum Mikrofon kommen und zuhänden des Protokolls Vor- und Nachnamen bekanntgeben.

Nach diesen Einführungen erklärt die Gemeindepräsidentin die Gemeindeversammlung als eröffnet. Zu Beginn der Gemeindeversammlung befinden sich 180 Stimmberechtigte in der Kirche, was einer Beteiligung von 1.68 % entspricht.

Als Stimmenzähler werden auf Vorschlag von Gemeindepräsidentin Christine Burgener gewählt:

- | | |
|--------------------------------|--|
| • Leitung Stimmenzähler | Otto Huser
Bahnhofstrasse 21, 8800 Thalwil |
| • Chor links und Behördentisch | Hedwig Huser
Bahnhofstrasse 21, 8800 Thalwil |
| • Chor rechts | Claudine Pool
Friedhofstrasse 8, 8800 Thalwil |
| • Seitenschiff links | Lona Meier
Gotthardstrasse 4, 8800 Thalwil |
| • Mittelschiff links | Irene Wettstein
Schwandelstrasse 19, 8800 Thalwil |
| • Mittelschiff rechts | Martin Tagmann
Obstgartenweg 19, 8136 Gattikon |

- Seitenschiff rechts

Sylvaine Schellenberg
Asylstrasse 29, 8800 Thalwil

Da keine weiteren Vorschläge gemacht werden, sind die Genannten gewählt.

Die Türkontrolle übernimmt Weibel Beat Frick.

L2.2.2 Nr. 48

Liegenschaften

Turnhalle Schwandel, Alte Landstrasse 122a

• Renovation, Umbau und energetische Massnahmen

Bezüglich der Einzelheiten kann auf das Weisungsheft verwiesen werden, welches im Abonnementssystem den interessierten Stimmberechtigten für die heutige Gemeindeversammlung zugestellt wurde.

Die Gemeindepräsidentin übergibt das Wort Gemeinderat Andreas Federer, der die Vorlage vorstellt.

Gemeinderat Andreas Federer erklärt, dass er einen kurzen Vorspann auf die Schulraumplanung macht, um aufzuzeigen, was in den nächsten Jahren passiert und weshalb die Renovation der Turnhalle Schwandel ebenfalls mit der Schulraumplanung zu tun hat. Die Schulraumplanung ist bei einem Teil der Bevölkerung noch nicht im Bewusstsein, weshalb es dem Gemeinderat wichtig ist, Informationen dazu auch heute Abend zu vermitteln. Da die Schülerzahlen markant zugenommen haben, braucht es mehr Schulraum. Es ist sinnvoll, auf bestehenden Schulanlagen und Grundstücken zu erweitern, also die bereits vorhandenen Schulhäuser zu ergänzen. In Thalwil gibt es keine Möglichkeit, einen Campus zu erstellen. Fakt ist, dass die Kinder, welche jetzt den Kindergarten besuchen, spätestens in zwei Jahren in die Schule übertreten (2013/2014: 345 Kindergartenschüler). Der Schulraumbedarf von 2012 bis 2024 sieht wie folgt aus:

- 3 zusätzliche Kindergartenklassen
- 8 zusätzliche Klassen auf Primarstufe (Klassengrösse Ø 24 Kinder)
- 3 zusätzliche Klasse auf Sekundarstufe (2024: 1 weitere)

Die nächsten Bauvorhaben der Schulliegenschaften sind:

- Schulareal Oeggisbühl: Provisorium Kindergarten (erfolgte im Sommer 2013)
- Areal Schwandel: Renovation und Umbau Turnhalle, Neubau Hort/Mittagstisch und Doppelkindergarten
- Schulareal Sonnenberg: Energetische Sanierung und baulichen Anpassungen; Erweiterungsbau Primarschule
- Schuleinheit Sek: Renovation und energetische Sanierung Schulhaus Berg; Annex-Neubau Schulhaus Berg, Neubau Turnhalle Feld

Der Bau einer Einfach-Turnhalle auf dem Areal oberhalb der Migrosparkgarage ist vom Gemeinderat verworfen worden, da Kindergärten benötigt werden. Die bestehende Turnhalle beginnt direkt beim Trottoir; bei einem Abbruch des Gebäudes müssten die geltenden Grenzabstände eingehalten werden. Das würde bedeuten, dass die Turnhalle viel kleiner wird, da auch Richtung Süden kein Platz vorhanden ist. Dazu kann gesagt werden, dass die Bausubstanz des bestehenden Gebäudes nach wie vor in einem sehr guten Zustand ist.

Ziel von Renovation, Umbau und energetischer Sanierung ist:

- Erhaltung und Ergänzung des architektonischen Erscheinungsbildes der 1893 erstellten Turnhalle (Denkmalschutzobjekt)
- Räumliche und betriebliche Optimierung
- Erweiterung des Garderobenangebotes (Trennung von Mädchen und Knaben) im neu zu erstellenden Untergeschoss
- Sanierung und Optimierung der technischen Anlagen
- Reduktion der Betriebs- und Unterhaltskosten durch gezielte Umsetzung energetischer Massnahmen

- Erfüllung der gesetzlichen Auflagen (Brand- und Personenschutz, Behindertengleichstellungsgesetz)

Sanierung, Umbau und Erweiterung der bestehenden Räumlichkeiten:

- Wärmetechnische Sanierung und Instandsetzung der Fassaden
- Neue Garderoben/Nasszelle für Lehrpersonen im Erdgeschoss
- Neue Garderoben/Nasszellen für Schülerinnen und Schüler im Untergeschoss

Der Baukredit beträgt 1'870'000 Franken, die Investitionsfolgekosten betragen pro Jahr 187'000 Franken und die betrieblichen Folgekosten liegen bei rund 10'000 Franken pro Jahr. Hingegen können bei den Energiekosten Reduktionen von jährlich 25-30 % und beim CO₂-Ausstoss von rund 7.67 t pro Jahr verzeichnet werden. Bei jedem Gebäude wird eine Energiebuchhaltung geführt; diese kann jederzeit im DLZ Liegenschaften eingesehen werden. Der Baubeginn erfolgt im April 2014, die Fertigstellung im November 2014 und die Wiedereröffnung im Januar 2015. Während der Bauzeit soll die Alte Landstrasse im Einbahnverkehr geführt werden. Dies gilt gleichzeitig als Versuchsphase, die Alte Landstrasse permanent im Einbahnverkehr zu führen. Es bedeutet aber auch, dass für die Bauarbeiten mehr Platz vorhanden ist.

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Vorlage geprüft und beantragt deren Zustimmung, erklärt die Gemeindepräsidentin und fragt, ob jemand das Wort wünscht.

Kurt Wälti, Präsident SVP, erklärt, dass er eine sehr alte Beziehung zu dieser Turnhalle habe. Diese Turnhalle ist ein „altes Möbel“ und entspricht nicht den Massen und der Sicherheit. An der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember 2003 wurde bereits über das Überbaurecht (Migrosparkgarage) abgestimmt, das sollte nun näher betrachtet werden. Die neue Turnhalle könnte längsseits der Alten Landstrasse gebaut werden; dann würde sie den Magglinger-Vorschriften entsprechen. Ein Annexbau wäre ebenfalls möglich. Die Infrastrukturbauten (Garderoben/Nasszellen) müssen nicht so hoch gebaut werden wie die Turnhalle selbst. Über einer neuen Turnhalle gäbe es Raum für zwei bis drei Klassenzimmer. In der alten Turnhalle könnte eine Decke eingezogen und zusätzlich im Dachstock Platz für einen weiteren Raum geschaffen werden. Der neue Kindergarten und Hort/Mittagstisch fänden also Platz in der alten Turnhalle. Aus all diesen Überlegungen stellt er einen Rückweisungsantrag, da geprüft werden soll, ob aus der Sanierung nicht mehr „herausgeholt“ werden könnte, als sich der Gemeinderat vorstellt. Es muss kein Keller gebaut werden. Er beauftragt den Gemeinderat eine Studie zu machen, ob seine Lösung im Endeffekt nicht besser wäre – eine neue Turnhalle längsseits der Alten Landstrasse und in der alten Turnhalle Platz für Kindergarten, Hort/Mittagstisch.

Gemeinderat Andreas Federer entgegnet, dass sich auch der Gemeinderat Überlegungen für eine Umnutzung der bestehenden Turnhalle gemacht hat. Dies würde aber bedeuten, dass ein „Haus in einem Haus“ gebaut werden müsste, da wegen des Denkmalschutzes die Turnhalle nicht abgerissen werden kann; das würde viel teurer werden. Beim Vorschlag von Kurt Wälti würde es einen kleinen, nicht zu benützenden Restraum geben (Richtung neuem Ho/Mi, Doppelkindergarten). Dann muss bedacht werden, dass sich die Spielbereiche an einem Ort befinden, wo die direkten Nachbarn nicht gestört werden. Die Sanierung der Turnhalle wird die Sicherheitsbestimmung komplett erfüllen. Einzig die Masse der Magglinger-Vorschriften werden nicht erreicht, aber das ist für die kleinen Kinder bestimmt nicht das Wichtigste. In dieser Turnhalle werden keine Wettkämpfe ausgetragen, wo die Grösse massgebend ist. Es ist also nicht zwingend, eine neue Turnhalle zu bauen; kostenmässig ist das Konzept von Kurt Wälti bestimmt sehr viel teurer. Er gibt noch zu bedenken, dass an der Schule Thalwil mit Schuleinheiten gearbeitet wird. Für sie würde es dann schwieriger werden, wenn die Klassenzimmer weit verstreut sind.

Erika Habermacher, SP, dankt Kurt Wältli für den Gegenvorschlag. Er ist sicher interessant, aber das wird teuer. Beim gemeinderätlichen Projekt kann der Schulbetrieb aufrechterhalten bleiben und die Unfallgefahr für Kinder und Lehrpersonen ist minimaler. Die Erweiterung des Garderobenangebotes findet die SP sehr gut. Sie bittet im Namen der SP die Stimmbürger, die Vorlage des Gemeinderates anzunehmen. Die Kinder brauchen bestimmt keine Magglinger-Turnhalle.

Bevor die Gemeindepräsidentin über zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag leitet; hält sie fest, dass die Gemeinde Thalwil stolz auf die umfassende Schulraumplanung sein kann. Jedes Schulhaus wurde analysiert und mittels Studien wurde aufgezeigt, wo was für Erweiterungen möglich sind.

Die Rückweisung wird eindeutig abgelehnt.

Die Gemeindepräsidentin leitet direkt zur Schlussabstimmung über.

Mit vereinzelt Gegenstimmen wurde der Vorlage zugestimmt.

Mit dieser Zustimmung kann die Turnhalle Schwandel als Zeitzeuge ehemaliger Baukunst saniert und den heutigen Erfordernissen angepasst werden, beendet die Gemeindepräsidentin die Vorlage.

Die Gemeindeversammlung

beschliesst:

1. Bauprojekt und Kostenvoranschlag für Renovation, Umbau und energetische Massnahmen der Turnhalle Schwandel werden bewilligt.
2. Der hierfür notwendige Kredit von 1'870'000 Franken inkl. MWST wird zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
3. Die Kreditsumme erhöht oder reduziert sich entsprechend der Kostenentwicklung zwischen Kostenvoranschlag (Preisbasis Zürcher Baukostenindex 1. April 2013) und der Bauausführung.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die finanziellen Mittel – soweit erforderlich – auf dem Darlehensweg zu beschaffen.
5. Gegen diesen Beschluss kann wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat, 8810 Horgen, erhoben werden.

Im Übrigen kann gegen den Beschluss gestützt auf § 151 Abs. 1 Gemeindegesetz (Verstoss gegen übergeordnetes Recht, Überschreitung der Gemeindezwecke oder Unbilligkeit) innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat, 8810 Horgen, erhoben werden.

Die Kosten des Beschwerdeverfahrens hat die unterliegende Partei zu tragen. Die Rekurs- und Beschwerdeschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- a) Liegenschaftenkommission A
 - b) Schulpflege
 - c) Leiter DLZ Finanzen
 - d) Leiter DLZ Liegenschaften
 - e) Leiter DLZ Bildung
 - f) Arinova AG, Soodring 21, 8134 Adliswil
 - g) Bezirksrat Horgen, Seestrasse 124, 8810 Horgen
 - h) Akten GR

F4.8.6 / S2.2.6 Nr. 49

Finanzen

- **Voranschlag und Steuerfuss 2014**
- **Laufende Rechnung**
- **Investitionsrechnung**

Bezüglich der Einzelheiten kann auf das Budgetheft verwiesen werden, welches im Abonnements-system den interessierten Stimmberechtigten für die heutige Gemeindeversammlung zugestellt wurde.

Die Gemeindepräsidentin weist die Versammlung darauf hin, dass im Voranschlagsheft die Kontogruppen mit dem Kommentar auf der gleichen Seite zu finden sind. Auf Seite 11, in der Spalte ganz rechts, mit den Abweichungen zum Voranschlag (VA) 2014, sind die Zahlen des VA 2013/2012 abgebildet. Auf Grund dessen wurde der Versammlung am Eingang diese Seite neu abgegeben. Das Total der Abweichungen muss selbstverständlich mit demjenigen auf Seite 10 des Weisungsheftes übereinstimmen. Sie entschuldigt sich für dieses Missgeschick. Wer sich für die Vollversion interessierte, konnte diese bei der Verwaltung bestellen oder im Internet herunterladen.

Die Gemeindepräsidentin erläutert den Ablauf der Behandlung des Traktandums:

- Bereichsverantwortlicher Finanzen
- Präsident der Rechnungsprüfungskommission
- Eintretensdebatte – allgemeine Diskussion, Würdigung der finanziellen Situation
- Beratung Laufende Rechnung
- Beratung Investitionsrechnung
- Diskussion Steuerfuss
- Abstimmung über die Anträge
 - a) Voranschlag
 - b) Steuerfuss

Einführung Finanzvorstand

Mit dem Grobbudget wird bereits im Frühjahr gestartet, um rechtzeitig grössere Veränderungen zu erkennen und Budgetvorgaben machen zu können, ergreift Gemeinderat Märk Fankhauser das Wort. Der Voranschlag in erster Lesung war schlecht und mit beinahe 10 Mio. Franken im Minus inakzeptabel. Intensive Gespräche mit den Bereichsverantwortlichen und den Leitern DLZ haben zu markanten Verbesserungen geführt. Viele Positionen wurden gekürzt oder gestrichen, dazu mussten sämtliche Abteilungen ihren Teil beitragen. Aber es wurden auch einige Aufwendungen gestrichen, die die Gemeinde in Zukunft doch noch belasten werden. Es wurde jedoch bewusst geplant, damit keine Altlasten entstehen. Er gibt aber zu bedenken, dass die Gemeinde sich zu viel leistet: Der Gemeinderat bei der Bewilligung eines zusätzlichen Polizisten, Stellenanpassungen im Sozialdienst und der Sozialhilfe, die Initianten für einen Familienbeauftragten und die Schule mit dem Projekt Timeout-Schule. Ein leichter Anstieg kann jedoch bei den Steuereinnahmen durch Zuwanderung verzeichnet werden. Die Kehrseite dieser Medaille ist jedoch, dass zusätzliche Aufwendungen bei der Infrastruktur, dem Schul- und Betreuungsraum und den Lehr- und Betreuungspersonen generiert werden müssen.

Bevor der Voranschlag 2014 mittels PowerPoint-Präsentation beleuchtet wird, gibt Märk Fankhauser einige Informationen zur Laufenden Rechnung 2013: Die Steuereinnahmen bewegen sich im Bereich des Voranschlags 2013, einzig die Höhe der Quellensteuer kann noch nicht beziffert werden. Die Pflegefinanzierung schlägt mit 800'000 Franken höherem Aufwand zu

Buche. Im Endresultat muss mit einem Aufwandüberschuss von knapp 6 Mio. Franken gegenüber 6,4 Mio. Franken gemäss Voranschlag 2013 gerechnet werden.

Das Budget 2014 weist folgende Grunddaten aus:

• Laufende Rechnung:	Aufwand	Fr.	129'441'700
	Ertrag	Fr.	124'584'200
	Aufwandüberschuss	Fr.	4'857'500
• Investitionsrechnung	Ausgaben	Fr.	14'431'000
	Einnahmen	Fr.	1'060'000
	Nettoinvestitionen	Fr.	13'371'000
• Einfacher (100%-iger) Gemeindesteuerertrag		Fr.	66'300'000
• Eigenkapitalentnahme		Fr.	4'857'500

Weiter führt Gemeinderat Märk Fankhauser aus, dass der Gemeinderat der Versammlung eine Steuerfusserhöhung auf 83 % beantragt, da die Finanzplanung einen weiteren Abbau des Kapitals aufzeigt. Mit dem Verlust aus diesem Jahr und dem budgetierten des nächsten Jahres sinkt das Nettovermögen auf 45 Mio. Franken. Damit werden zwar die finanzpolitischen Ziele erreicht, aber in den nächsten Jahren wird ein weiterer Abbau zu verzeichnen sein. Die finanzpolitischen Ziele sind,

- das Nettovermögen bei 40-50 Mio. Franken zu belassen (es besteht aber praktisch aus Buchwerten von Liegenschaften im Finanzvermögen, also keine flüssigen Mittel)
- die Investitionen im Rahmen von 39 Mio. Franken zu halten, was auch gelingt
- den Steuerfuss attraktiv zu gestalten, was auch mit der Erhöhung gelingt, da Thalwil im Durchschnitt stabil und für Bewohner und Firmen ein verlässlicher Partner ist
- flüssige Mittel zu generieren, um die Laufende Rechnung nicht mit Fremdkapital finanzieren zu müssen und keine erhöhten Zinsaufwendungen zu haben

Auch mit dieser Steuererhöhung wird an den Reserven gezerrt.

Stellungnahme RPK-Präsident

Andrea Müller, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK) bittet die Stimmberechtigten ihm zu gestatten, dass er zu den gedruckten Erwägungen der RPK ein paar mündliche Ergänzungen anbringt. Die RPK hat im Juni vom Grobvoranschlag 2014 Kenntnis erhalten. Dabei hörte sie von einem Kostenüberschuss von ca. 8 Mio. Franken. Sie dankte dem Finanzvorstand und bat ihn, dann wieder zu kommen, wenn das Budget vorliegt, über das sich zu diskutieren lohnt. Nach den Sommerferien erhielt die RPK die erste Version vor der ersten Lesung, diesmal mit einem Kostenüberschuss von 10 Mio. Franken. Dieser Schock sass tief. So tief, dass die Irritation darüber, dass nach der Sparrunde und einem Mehr an Steuern von 1,8 Mio. Franken (3 %) ohne zusätzliche Abschreibungen eine schwarz/rote Null dasteht, beinahe untergegangen ist. Es hinterlässt einen etwas schalen Nachgeschmack, wenn es die DLZ schaffen, in so kurzer Zeit so viel Geld einzusparen. Da ist für die RPK eigentlich im ersten Anlauf bewusst falsch budgetiert worden, damit man nach der Sparrunde etwa das bekommt, was man so oder so wollte und ein Stück weit auch braucht. Gespart wurde damit aber effektiv null und gar nichts. Wie alle wissen, kennt man die Wahrheit erst nach der Rechnungsgemeindeversammlung. Im Sinne einer effizienten Arbeitsweise empfiehlt die RPK den Budgetverantwortlichen, doch zukünftig auf diese Zusatzschleife zu verzichten. Man kann über den Vorschlag des Gemeinderates, was das vorliegende Budget und die daraus resultierende Steuererhöhung um 3 % angeht, geteilter Meinung sein. Für die RPK gilt, dass die Stimmberechtigten zur Finanzpolitik in der aktuellen Legislatur Ja gesagt haben. Hierbei handelt es sich um eine äusserst auf Kostensicherheit ausgerichtete Strategie. Ob das richtig oder falsch ist, weiss heute niemand. Was die RPK aber feststellen kann, ist, dass sie zum Ziel führt. Das heisst, eine schwarze Null vor den ausserordentlichen Abschreibungen in der Rechnung ist anzustreben, was auch bei diesem

Voranschlag in etwa eingehalten werden kann. Eigentlich müsste man nach Verfassungsartikel 124 § 2 der Zürcher Kantonalen Verfassung ein Budget so gestalten, dass man ohne zwingende Steuererhöhungen auskommt. Es heisst dort: Sie sind bestrebt, die Steuerquote nicht ansteigen zu lassen. Spannend wäre gewesen, unter diesem Aspekt eine entsprechende Schattenfinanzplanung zu erstellen und herauszufinden, was sich die Gemeinde im Vergleich zum vorliegenden Finanzplan nicht leisten kann. Letztes Jahr hat der RPK-Präsident an dieser Stelle Folgendes gesagt: „....die Vergangenheit hat gelehrt, dass Krisen, wie sie seit 2008 erlebt werden, eine Auslauf- und Erholungszeit von ca. sieben bis neun Jahren dauern. Es ist also massiv verfrüht von Aufschwung oder Courant normal zu sprechen. Die Zeit verlangt eine äusserst sparsame Ausgabenpolitik und es ist besser, jeden Rappen zweimal umzudrehen, bevor er ausgegeben wird. Das will nicht heissen, alle Investitionen abzuwürgen, zu verschieben oder auf Eis zu legen, aber genau über die Kosten, den Nutzen und evtl. vorhandene Alternativen muss intensiv nachgedacht und diskutiert werden.“ Heute muss er sagen, dass von einer sparsamen Ausgabenpolitik keine Rede sein kann, geschweige denn, dass der Rappen des Stimmbürgers zweimal umgedreht wird. In diesem Zusammenhang weist er gerne nochmals auf die Highlights des letzten Jahres hin:

- Neuer Familienbeauftragter bedeutet wiederkehrende Kosten
- Neue Timeout-Schule bedeutet wiederkehrende Kosten
- Gotthardstrassenplanung mit Begegnungszone beinhaltet wiederkehrende Kosten
- Dorfposse Alsenbänkli beinhaltet hohe juristische Kosten und zeigte die Grenzen und Manipulierbarkeit der direkten Demokratie auf

All diese Ereignisse, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, haben auch mit dem Antrag auf Steuererhöhung zu tun. Es wurde in den letzten zwölf Monaten vermehrt Gottfried Kellers Zitat von Seldwyla gebraucht. Dies erscheint ihm eine präzise Umschreibung einiger vergangenen Ereignisse in Thalwil.

Die RPK empfiehlt, dem Budget wie auch der beantragten Steuererhöhung zuzustimmen und wünscht allen eine schöne und fröhliche Adventszeit.

Eintretensdebatte zu Voranschlag und Steuerfuss 2014

Eva Maria Nöthiger erzählt, dass sie vor acht Jahren aus einem anderen Kanton nach Thalwil zog und Single ist. Sie könne sich kein Wohneigentum leisten, sie wolle keine Kinder und gehe mit dem ÖV in Zürich zur Arbeit. Sie erhalte keinen Teuerungsausgleich, wie die Verwaltungsangestellten und könne feststellen, dass in Thalwil massiv gebaut werde. Es gebe sehr viele Neuzuzüger. Auf der Strasse höre man Hochdeutsch, britisches Englisch, amerikanisches Englisch oder Französisch. Neuzuzüger bedeuten mehr Ausgaben, neue Schulhäuser etc. Neue Kreisel werden gebaut, sie habe aber kein Auto. Sie brauche auch keine riesigen Maschinen, die die Strassen salzen, da sie den ÖV benütze. Sie ist gegen eine Steuererhöhung und möchte alle auffordern, gegen die Steuererhöhung zu stimmen.

Die Worte der Vorrednerin haben ihn sehr berührt, hält Andreas Hammer, FDP, fest. Sie waren sehr klar. Das Budget ist jedes Mal ein besonderes Ereignis. Es ist eine Wunschliste für Weihnachten, welche beliebige Ziele hat. Wer plant schon Ferien, ein neues Auto oder neue Möbel, ohne genau auszurechnen, wie viel Geld er ausgeben kann? Jahr für Jahr wird in Thalwil mehr ausgegeben. Es ist schon klar, dass die Einwohnerzahl steigt, aber die Abgaben auch. Es wird immer mehr verlangt. Gibt es DLZ, welche schmerzhaft Streichungen vornehmen oder vielleicht ganz verzichten mussten? In der Privatwirtschaft werden manchmal Budgets radikal zusammengestrichen. Diese Botschaft ist jedoch weder bei der Politik noch bei der Verwaltung angekommen. Das Wahljahr lässt grüssen! Wie lange ist es her, seit der Gemeinderat seinen Verpflichtungen nachgekommen ist? Die Ausgaben steigen Jahr für Jahr und die Abschreibungen

werden höher und höher. Hat vor einem Jahr irgendjemand eine Steuerfusserhöhung gefordert? Nein, die Gemeinde steht gut da. Es gibt ein Nettovermögen von fast 50 Mio. Franken und wie gezeigt, ist die Ertragslage nicht schlecht. Die Gemeinde besitzt ein mehr als genug starkes Finanzpolster. Der Gemeinderat muss die wachsenden Ausgaben endlich in den Griff bekommen.

Auch die CVP-Mitglieder zahlen nicht gerne Steuern, entgegnet Ursula Lombriser, Präsidentin CVP, trotzdem haben sie Ja zur Steuerfusserhöhung gesagt. Es ist entspannter, wenn der Haushalt ein gutes Polster besitzt. 50 Mio. Franken an Vermögen besitzt die Gemeinde, das heisst, 2'700 Franken pro Person. So viel ist das also auch nicht. Dazu muss gesagt werden, dass 80 % der Steuern nicht beeinflusst werden können. In der Sozialkommission sind Mitglieder, die der FDP, der SP, der SVP und der CVP angehören und wirklich sehr gut darauf achten, was ausgegeben wird. Aber sehr viele Ausgaben können im sozialen Bereich einfach nicht beeinflusst werden. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist so ein Fall. Seit die ins Leben gerufen wurde, mussten massive Ausgabensteigerungen in Kauf genommen werden. Thalwil hat einen sehr hohen Anteil an Personen, welche Ergänzungsleistungen beantragen müssen und werden diese Leistungen auch ausbezahlt bekommen. Die Pflegekosten können ebenfalls nicht beeinflusst werden. Diese werden vom Bund auf die Gemeinden überwält. Thalwil bliebe trotz Steuererhöhung eine attraktive Gemeinde. Die CVP empfiehlt, die Steuererhöhung anzunehmen.

Marcel Leupi zeigt sich erstaunt, wie schnell die erste Rednerin abgewürgt wurde, als es um die Teuerung an das Personal ging.

Ob die Teuerung ausbezahlt wird, hängt vom Kanton ab, antwortet die Gemeindepräsidentin. Im November hat der Kanton entschieden, dass es keine Teuerung gibt. Da das Weisungsheft vorher gedruckt werden musste (gesetzliche Bestimmungen), wurde die Teuerung noch ausgewiesen, da der Kanton im Sommer von 0.2 % gesprochen hatte.

Marcel Leupi dankt der RPK für die deutlichen Worte zuhanden der DLZ. Er dankt ihr aber auch für die Schelte an die Bürger, die zu viel Geld ausgeben. Hingegen vermisst er bei der RPK, dass sie die Bürger beim ersten Antrag des Budgets des Gemeinderates nicht informiert hat. Er muss mit seinem Ertrag (Lohn) auskommen, welcher er von seinem Chef bekommt. Es ist sicher der absolut falsche Weg, wenn mehr ausgegeben wird, als man auf der Seite hat. Dass die Finanzreserven nicht weiter geschmälert werden, unterstützt er ebenfalls. Weiter führt er aus, dass es an Orten, an denen der Steuerfuss tief ist, mehr Einwohner gibt. Er war mit 23 Kindern in einem Schulzimmer und das hat auch nicht geschadet. Er stellt den Antrag, das Budget zurückzuweisen, zu überarbeiten und an der nächsten Gemeindeversammlung wieder vorzulegen.

Die Mitglieder der SP bezahlen ebenfalls nicht gerne Steuern, hält Erika Habermacher, SP, fest. Jedoch ist die Steuererhöhung um 3 % sehr moderat. Es freut die SP auch, dass es immer mehr Kinder in der Gemeinde gibt. Noch vor wenigen Jahren hiess es, dass Thalwil überaltere. Das bedeutet eben auch, dass die Kosten steigen, die müssen gedeckt werden. Eine Klasse mit 24 Kindern ist am obersten Limit, die Bildung, welche vermittelt wird, muss doch gut sein. Darum, für Bildung und damit auch für mehr Schulraum muss mehr ausgegeben werden. Kinder sind ein wichtiges Gut für die Zukunft. In anderen Gemeinden sind die Steuern höher als in Thalwil und doch wird dort mehr für Kinder getan. Viele Bereiche sind gestrichen worden, die Bürger von Thalwil sind nicht nur verwöhnt. Alle geniessen das Leben in der Gemeinde, was auch immer wieder auf der Strasse festgestellt werden kann. Man hört viele verschiedene Dialekte, so dass man davon ausgehen kann, dass sich Zuzüger aus den verschiedensten Gebieten der Schweiz in Thalwil sehr wohl fühlen. Die SP beantragt, den Steuerfuss auf 83 % zu erhöhen. Immobilien zu verkaufen, wäre der total falsche Weg.

Dass mehr Steuern bezahlt werden müssen, macht niemand gerne, ergreift Hanspeter Giger, glp, das Wort. Aber das Vermögen darf nicht noch schneller verprasst werden. Das könnte bedeuten, dass in drei Jahren der Steuerfuss um 6 oder gar 7 % angehoben werden müsste. Die 3 % sind ein gesunder Mittelweg.

Kurt Wälti, Präsident SVP, hat die Budget-Zahlen der letzten zehn Jahre zusammengestellt. Er betont, dass es schwierig war, da die Konten und Gliederungen immer wieder geändert wurden. Gemäss seiner Präsentation hat der Aufwand um 24.3 %, die Ausgaben im Sozialen um 47,4 % und in der Bildung um 41,8 % zugenommen. Auch in der Privatwirtschaft darf nicht mehr ausgegeben werden, als vorhanden ist. 2004 hatte Thalwil ein Nettovermögen von 42,9 Mio. Franken, 2009 bereits eines von 54,6 Mio. Franken und im 2014 mit einem Steuerfuss von 80 % 54,3 (Steuerfuss 83 % = 56 Mio. Franken). Was jedoch erstaunt, sind die Ausgaben beim Personal. Dieser Aufwand hat in den letzten zehn Jahren kaum zugenommen. Warum ist dies bei den anderen Positionen nicht möglich? Warum verzichtet die Bevölkerung nicht auf die 3 % Steuererhöhung und gibt dem Gemeinderat einen ganz klaren Sparauftrag, damit die Rechnung eine schwarze Null hat?

Genau die beiden Zahlen im Bereich Soziales und Bildung zeigen einen massiven Kostenschub, aber genau diese Bereiche können nicht beeinflusst werden, entgegnet die Gemeindepräsidentin. Das wurde an dieser Versammlung bereits ein- oder zweimal erwähnt. Ganz aktuell müssen 800'000 Franken mehr für die Pflege ausgegeben werden, das ist mehr als ein Steuerprozent. Da kann nicht gespart werden. Sie ist jedoch froh, dass nicht das Personal ein höherer Kostenverursacher ist.

Rolf Besmer möchte bezüglich des Finanzierungsfehlbetrages wissen, woher das Geld genommen wird, um diesen zu decken. Von irgendwoher muss das Geld doch genommen werden. Wenn heute Abend die 3 % nicht angenommen werden, muss entsprechend die Finanzierung geregelt werden. 3 % ist eine moderate Erhöhung, deswegen werden sicher nicht viele Leute wegziehen.

Gemeinderat Märk Fankhauser bietet Marcel Leupi an, ihn anzurufen um Fragen zu klären. Er findet es gut, den Dialog mit der Bevölkerung zu fördern und ruft auf, diese Gelegenheit unbedingt zu nutzen. Betreffend des Nettovermögens von 50 Mio. Franken, welches von Kurt Wälti aufgezeigt wurde, kann gesagt werden, dass die Entwicklung des Steuerfusses in eine andere Richtung gelaufen wäre, hätte die Gemeinde nicht die zusätzlichen Erträge von Zuziehenden. Der Steuerfuss wäre nicht bei 80 %, sondern über 90 %. Praktisch alles, was auf die Seite gelegt werden konnte, kommt von diesen Erträgen. Die finanziell gute Position hat mit diesen Erträgen zu tun. Es ist klar, niemand bezahlt gerne mehr Steuern. Eine Steuererhöhung von 3 % würde bei einem versteuerbaren Einkommen von:

30'000 Franken	=	Fr. 25.60/pro Jahr
50'000 Franken	=	Fr. 42.60/pro Jahr
75'000 Franken	=	Fr. 91.70/pro Jahr
100'000 Franken	=	Fr. 146.60/pro Jahr

ausmachen.

Thalwil leistet sich sehr viele Beauftragte, erklärt Thomas Henauer, Präsident FDP, welche viel Geld kosten. Aber auch die vielen Minergiebauten generieren sehr hohe Ausgaben. Die FDP ist gegen die Steuererhöhung. Er zeigt anhand einer PowerPoint-Präsentation, dass seitens des Gemeinderates alles auf Prognosen aufgebaut ist. Diese Prognosen stimmen nicht und liegen massiv daneben. Schon die Vorjahre zeigten dieses Ergebnis. Ein Zitat Mark Twains: Prognosen

sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen! Er hofft, die nächste Legislatur bringe noch kostenbewusstere Gemeinderäte.

Fazit:

- Thalwil verfügt in den nächsten Jahren immer noch über ein genügend grosses Nettovermögen.
- Prognosen waren in der Vergangenheit immer massiv falsch und zu pessimistisch.
- Deshalb keine Panikmache und basierend auf falschen Annahmen entscheiden.

Nein zu Steuern auf Vorrat – nein zur Steuererhöhung

Fridolin Vögeli will wissen, wie gross der Cash-flow ist?

Gemeinderat Märk Fankhauser antwortet: 4,9 Mio. Franken im Voranschlag 2014.

Fridolin Vögeli betont, dass er nicht für eine Partei spricht. Wenn eine Gemeinde im Geld schwimmt wie Thalwil, dann sollte sie darauf verzichten, mehr Steuern beim Bürger zu verlangen.

Für eine Gemeinde in der Grösse von Thalwil ist ein Nettovermögen in der Höhe von 50 Mio. Franken nötig, führt Erika Habermacher, SP, aus. Darum findet die SP, dass das Vermögen weiterhin erhalten bleiben muss. Sie kann aus eigener Erfahrung sagen, dass immer in der Pflege gespart wird, was zu Lasten der alten Leute geht. Die Angst, dass die „Oberreichen“ aus Thalwil wegziehen, ist unbegründet, es gibt Platz für Neue. Thalwil ist eine attraktive und beliebte Gemeinde, somit muss niemand Angst haben.

Rolf Besmer möchte nach wie vor wissen, wie der Finanzierungsfehlbedarf gedeckt wird. Im Jahr 2014 beträgt der Cash-Flow 4,9 Mio. Franken, die Investitionen betragen 13 Mio. Franken. Das geht langfristig nicht auf. Das heisst, die Gemeinde hat ein Finanzierungsproblem. Aber da helfen die Banken gerne aus.....

Genau das ist es, was der Gemeinderat nicht will, entgegnet die Gemeindepräsidentin. Das Ziel ist es, dass die Gemeinde kein Geld von Banken aufnehmen muss, um die Aufwände zu decken. Der Gemeinderat will nicht abhängig werden und Kapitalkosten möglichst vermeiden, weshalb die Steuern erhöht werden müssen.

Die Finanzplanung ist keine Zukunftsdeutung, sondern ein Instrument, die Tendenz zu erkennen und zu reagieren, antwortet Gemeinderat Märk Fankhauser. Das Nettovermögen besteht praktisch aus Liegenschaften im Finanzvermögen, daher gibt es zu wenig flüssige Mittel, um die Laufende Rechnung zu bestreiten. Thalwil ist in der glücklichen Lage, keine langfristigen Darlehen aufnehmen zu müssen.

Es ist unbestritten, dass der Gemeinderat Jahr für Jahr um 10 Mio. Franken danebengelegt hat, betont Andreas Hammer, FDP. Die Frage, wie man die Investitionen zahlen sollte, ist falsch. Es muss gefragt werden, was für Investitionen will man und ob man sie bezahlen kann. Das Nettovermögen von 50 Mio. Franken, also knapp 2'800 Franken/Einwohner, soll nicht genug sein? Andere Gemeinden wie Kloten haben ein Nettovermögen pro Einwohner von 117 Franken. Thalwil ist bestimmt nicht am Verarmen.

Es ist allgemein bekannt, dass Steuererhöhungen Unterstützung durch die Sozialen erfahren, und an diesem Abend hat sich nun auch die CVP eingemischt, ergreift Felix Wäger das Wort. Den Personen, die die Steuererhöhung fordern, tut das nicht weh. Es ist schon klar, dass einer, der so

„stier“ ist und seine Steuern nicht bezahlen kann, nicht für eine Steuererhöhung plädiert. Er selbst hat ein steuerbares Einkommen von 90'000 Franken. Bei einer Erhöhung von 3 % beträgt das genau 180 Franken, was für ihn tragbar ist. Wie bereits gehört, kann über viele Ausgaben nicht bestimmt werden. Diese werden aber auf kantonaler wie auf eidgenössischer Ebene via Urnenabstimmung erlassen, dort kann jeder Bürger einwirken und so die Ausgaben beeinflussen. Sollte die Steuererhöhung nicht kommen, würde er die 180 Franken an „Ärzte ohne Grenzen“ überweisen. Er lädt alle ein, das Gleiche zu tun.

Die Gemeindepräsidentin leitet zur Abstimmung des Rückweisungsantrages von Marcel Leupi weiter und bittet die Stimmberechtigten, diesen abzulehnen, da viel Arbeit im Budget steckt und sich viele damit auseinandergesetzt haben.

Mit sehr grossem Mehr wird die Rückweisung abgelehnt.

Detailberatung Kontogruppen

a) Laufende Rechnung

Franz Osterwalder fragt, wie ein Betrag kleiner als im Vorjahr sein kann, wenn ein Polizist mehr eingestellt wird (Konto 1611). Er stellt den Antrag, den Posten zu streichen.

Für den Stellenplan ist der Gemeinderat verantwortlich, entgegnet die Gemeindepräsidentin.

Also sind wir wegen nichts da, antwortet Franz Osterwalder.

Die Kompetenz betreffend Stellenplan ist ganz klar dem Gemeinderat zugewiesen, erwidert die Gemeindepräsidentin. Die Gemeindeversammlung kann nicht in die Kompetenzen des Gemeinderates eingreifen.

Thalwil ist eine sichere Gemeinde und das soll auch in Zukunft so bleiben, ob mit oder ohne Polizei, ergreift Gemeinderat Michael Brandenberger das Wort. Die Tendenzen im Kanton zeigen auf, dass die Kriminalitäts- und Unfallrate steigen. Es werden regelmässig Begehren an die Polizei gestellt, welche mit dem heutigen Bestand nicht erfüllt werden können. Wenn die zusätzliche Person eingestellt werden kann, können diese Begehren aufgegriffen und umgesetzt werden. Dabei geht es um Verkehr, Schulwegsicherheit etc. Mit einer Person mehr im Korps kann die Polizei vermehrt im Quartier wahrgenommen werden. Die Polizei setzt sich sehr zum Wohl der Gemeinde ein.

b) Investitionsrechnung

Es folgen keine Wortmeldungen.

Steuerfuss 2014

Der Gemeinderat beantragt den Stimmberechtigten, den Steuerfuss für 2014 um 3 % auf 83 % zu erhöhen, erklärt die Gemeindepräsidentin. Die ausführlichen Begründungen dazu hat Finanzvorstand Märk Fankhauser der Versammlung erläutert. Sie hält fest, dass dazu bereits in der Eintretensdebatte einiges gesagt wurde und fragt, ob noch jemand das Wort zum Steuerfuss wünscht.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Abstimmungen

Wie aufgezeigt, wird zuerst über den Voranschlag, dann über den Steuerfuss abgestimmt. Der Voranschlag basiert auf einem Steuerfuss von 83 %. Sollte der Steuerfuss bei 80 % bleiben, würde sich das Defizit um 1'989'000 Franken auf 6'846'000 Franken – inkl. der zusätzlichen Abschreibungen von 3,6 Mio. Franken – erhöhen. Das Defizit wird dem Eigenkapital belastet. Ein Steuerprozent macht 663'000 Franken aus.

Mit grossem Mehr wird das Budget 2014 genehmigt.

Die Gemeindepräsidentin hält nochmals fest, dass der Gemeinderat einhellig der Versammlung beantragt, den Steuerfuss um 3 % zu erhöhen und auf 83 % festzusetzen. Gemessen an der Grösse der Gemeinde (wie Horgen, Wädenswil oder Opfikon) und dem damit zusammenhängenden Aufgabenbereich hat Thalwil einen unterdurchschnittlichen Steuerfuss. In Anbetracht der bereits angefallenen und des prognostizierten Defizits ist eine moderate Erhöhung notwendig, damit das Nettovermögen nicht unter 40 Mio. Franken fällt, der Selbstfinanzierungsgrad erhöht werden kann und die Liquidität sichergestellt wird. Es sollen möglichst Kapitalkosten vermieden werden. Die RPK, die vertieften Einblick in die Zahlen hat, stimmt dem Voranschlag, wenn auch mit kritischer Bemerkung zu.

Die Gemeindepräsidentin erklärt das Abstimmungsprozedere für den Steuerfuss, da die FDP und SVP beantragen, den Steuerfuss bei 80 % zu belassen. Bei der Abstimmung werden die beiden gleichgearteten Hauptanträge (FDP und SVP gegen den des Gemeinderates) einander gegenübergestellt. Jeder aus der Versammlung hat eine Stimme. Der obsiegende Antrag kommt dann in die Schlussabstimmung. Zum Prozedere: Die Gemeindepräsident fragt zuerst, wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmt, anschliessend, wer dem Antrag auf 80 % zustimmen will.

Es muss ausgezählt werden und dazu müssen die Stimmberechtigten aufstehen.

Abstimmung Steuerfuss 2014 auf 83 % = 80 Stimmen

Abstimmung Steuerfuss 2014 Beibehaltung 80 % = 105 Stimmen

Mit vereinzelt Gegenstimmen wird bei der Schlussabstimmung der Steuerfuss 2014 definitiv auf 80 % festgesetzt.

Damit ist der Voranschlag unter Dach und Fach. Die Gemeindepräsidentin bedankt sich bei allen herzlich für das Mitwirken und den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern für die engagierte Diskussion.

1. Beschluss

Die Gemeindeversammlung beschliesst:

- Das Budget 2014 der Politischen Gemeinde wird ohne Änderung festgesetzt.
- Der Steuerfuss der Politischen Gemeinde wird auf 80 % des einfachen Gemeindesteuerertrages festgesetzt.

2. Budget

Das Budget weist folgende Grunddaten aus:

• Laufende Rechnung:	Aufwand	Fr. 129'441'700
	Ertrag	Fr. 122'594'200
	Aufwandüberschuss	Fr. 6'847'500
• Investitionsrechnung:	Ausgaben	Fr. 14'431'000
	Einnahmen	Fr. 1'060'000
	Nettoinvestitionen	Fr. 13'371'000
• Einfacher (100%-iger) Gemeindesteuerertrag		Fr. 66'300'000
• Eigenkapitalentnahme		Fr. 6'847'500

3. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat, 8810 Horgen, erhoben werden.

Im Übrigen kann gegen den Beschluss gestützt auf § 151 Abs. 1 Gemeindegesetz (Verstoss gegen übergeordnetes Recht, Überschreitung der Gemeindezwecke oder Unbilligkeit) innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat, 8810 Horgen, erhoben werden.

Die Kosten des Beschwerdeverfahrens hat die unterliegende Partei zu tragen. Die Rekurs- und Beschwerdeschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

4. Mitteilung durch Protokollauszug an:

- a) Gemeinderat
- b) Leiter DLZ Finanzen A
- c) LDLZ
- d) Finanzausschuss
- e) Rechnungsprüfungskommission
- f) Bezirksrat Horgen, Seestrasse 124, 8810 Horgen
- g) Akten GR

Die Gemeindepräsidentin bedankt sich, dass heute Abend sachlich diskutiert und die Traktanden in Ruhe beraten werden konnten. Auf die Frage der Gemeindepräsidentin, ob gegen die Abwicklung des Geschäftes und die Verhandlungsführung der heutigen Gemeindeversammlung jemand Einwendungen zu erheben habe, ergreift niemand das Wort.

Die Gemeindepräsidentin macht die Versammlung noch auf einige Anlässe aufmerksam:

- Die nächste Gemeindeversammlung – die letzte, die sie leiten wird – findet am 13. März 2014 statt.
- Am 20. Januar 2014: Infoveranstaltung zu den Abstimmungsvorlagen vom 9. Februar 2014: Breiteli und Ho/Mi, Doppelkindergarten Areal Schwandel
- Am 27. Januar 2014: Energieapéro

Gerne benutzt die Gemeindepräsidentin die Gelegenheit, allen Behördenmitgliedern und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit herzlich zu danken. Sie wünscht allen eine stimmungsvolle Advents- und Weihnachtszeit und herzliche Begegnungen, Frieden und erfüllte Sehnsüchte. „Weihnachten ist dort, wo Menschen füreinander da sind.“ Sie freut sich, am Neujahrsapéro vom 2. Januar mit der Thalwiler Bevölkerung auf das neue Jahr anzustossen.

Sie erklärt die Versammlung um 22.08 Uhr als beendet.

Für die Richtigkeit des vorstehenden Protokolls,
die Vorsteherschaft der Gemeindeversammlung,

Die Gemeindepräsidentin / Datum:

C. Bunsen 6.12.2013

Die Protokollführerin / Datum:

P. H. / 15.12.13

Die Stimmzähler / Datum:

H. W. 6.12.2013

O. J. 06. Dez. 13

C. P. 9.12.2013

(M. M.) 9.12.2013

A. A. 10.12.2013

S. Schellenberg 10.12.2013

Versandt: 5. Dezember 2013

S. 10.12.13